

DRINGLICHE INTERPELLATION von Dr. Thomas Huonker (SP, Zürich)
Urs Kaltenrieder (SP, Dielsdorf)
und Kaspar Günthardt (GP, Dällikon)

betreffend vorläufigen Ausschaffungsstopp von abgewiesenen kurdischen Asylsuchenden
in die Türkei, den Irak und den Iran

Es ist bekannt, dass auch im Juli 1991 etliche kurdische Familien aus dem Kanton Zürich in die Türkei ausgeschafft werden sollen. Vor dem Hintergrund der unglücklichen asylpolitischen Entwicklung um die Kurdinnen und Kurden aus dem Kanton Obwalden stellen sich folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Lage betreffend Einhaltung der Menschenrechtskonventionen durch die staatlichen Organe in der Türkei, im Irak und im Iran, insbesondere in der aktuellen Konfliktsituation?
2. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus den widersprüchlichen Tatsachen, - dass einerseits der Bundesrat nicht auf die Ausschaffung der "Obwaldner Kurdinnen" verzichten wollte, weil angeblich für diese Menschen keine Bedrohung in der Türkei bestehe, - dass andererseits das Bundesamt für Flüchtlinge, auf der Grundlage des sogenannten "Obwaldner Abkommens", als vorsorgliche Massnahme den Kurdinnen und Kurden zu deren Sicherheit beziehungsweise zur eventuellen späteren Ausreise in ein Drittland eine personell und finanziell aufwendige Rückkehrhilfe bereitstellen musste?
3. Ist der Regierungsrat bereit, von seiner Vollzugskompetenz Gebrauch zu machen und unverzüglich die Ausschaffung von Kurden und kurdischen Familien solange zu unterlassen, bis sich die Menschenrechtsverhältnisse in deren Heimatländern entscheidend verbessert haben?

Dr. Thomas Huonker

Urs Kaltenrieder

Kaspar Günthardt